

„Sonderregeln darf es nicht geben“

Liechtensteins Regierungschef spricht über die globale Mindeststeuer für Unternehmen, die Sorge vor einer Umgehung des Steuerdeals durch größere Staaten – und die Transparenz des Stiftungsmodells seines Landes.

Der Regierungschef von Liechtenstein, Daniel Risch, kritisiert den einseitigen Fokus auf höhere Steuern in der Debatte um eine globale Mindeststeuer. Als Wirtschaftsliberaler führe er nur ungern die Diskussion, wie viel dem Staat mindestens zusteht.

Herr Risch, mit Olaf Scholz zieht einer der Architekten der globalen Mindeststeuer ins deutsche Kanzleramt ein. Sie haben die Unternehmensteuer von 15 Prozent anfangs kritisiert. Haben diese Differenzen Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Liechtenstein?

Überhaupt nicht, das muss man trennen. Nur weil man in gewissen Themen nicht zu 100 Prozent übereinstimmt, heißt das nicht, dass man nicht trotzdem gute Beziehungen haben kann. Wir tragen den Konsens auch mit. Ich sehe durchaus den Mehrwert einer globalen Lösung. Aber wir Liechtensteiner sind nun einmal wirtschaftsliberal. Die Diskussion, wie viel der Staat mindestens von den Unternehmern nehmen soll, führen wir nicht gern. Wir könnten ja auch mal über eine Maximalsteuer diskutieren.

Was versprechen Sie sich von einer Maximalsteuer?

Ich fordere keine Maximalsteuer, ich verstehe das eher als Gedankenexperiment. Dahinter steht meine Überzeugung, dass sich der Staat nicht einfach bedienen soll, sondern überlegen muss, wie er sich schlank aufstellen und trotzdem seine Aufgaben erfüllen kann. Das wäre doch auch eine interessante Diskussion. Sie würde auch schnell aufzeigen, dass der beschlossene Schwellenwert der globalen Steuer etwas beliebig ist.

”

Ich sehe den Mehrwert einer globalen Lösung. Aber wir Liechtensteiner sind nun einmal wirtschaftsliberal.

Liechtenstein hat bislang einen Unternehmensteuersatz von 12,5 Prozent. Haben Sie erwogen, sich gegen die Mindeststeuer zu wehren?

Nein, der globale Konsens ist uns wichtig. Aber es spielt natürlich schon eine Rolle, wie das Abkommen zustande gekommen ist ...

Die großen Industriestaaten haben die kleineren Länder vor vollendete Tatsachen gestellt.

Im sogenannten Inclusive Framework der G20/OECD sind mehr als 140 Staaten vertreten. Das wäre das Gremium, das eigentlich hätte entscheiden sollen. Doch das Ergebnis der Verhandlungen war bereits von den G7 und den G20 vorgegeben. Das haben wir mehrfach angesprochen und dafür



Versteht sich als Wirtschaftsliberaler: Liechtensteins Regierungschef Daniel Risch.

imago images/SEPA/Media

haben. Spüren Sie, dass mehr Geld aus Deutschland in liechtensteinischen Stiftungen angelegt wird? Die Zahl der Familienstiftungen in Liechtenstein ist seit Jahren rückläufig. Dennoch ist die Liechtensteinische Stiftung ein bewährtes und anerkanntes Instrument für Nachfolgeplanung, Vermögensschutz und Philanthropie. Nicht zuletzt, weil Liechtenstein eines der ersten Länder war, dass sich zum OECD-Standard für Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen, dem so genannten Automatischen Informationsaustausch, bekannt hat und damit seit Jahren transparent Steuerdaten mit weit über 100 Partnerstaaten austauscht.

Die Fragen stellte Jakob Blume.

auch Zuspruch erhalten. Wir haben sicher nie eine laute Stimme, aber wir erheben sie, wenn es nötig ist.

Wann würden Sie Ihre Stimme wieder erheben?

Es sind ja noch viele Details ungeklärt. Wenn das Abkommen zur globalen Mindeststeuer so hält, können wir damit gut leben. Aber es darf nicht sein, dass einzelne, vielleicht auch größere Staaten Sonderregeln finden, mit denen sich das System umgehen lässt.

Welche Sonderregeln befürchten Sie?

Manche Staaten räumen Unternehmen steuerliche Vergünstigungen ein. Gerade bei der Firmenansiedlung gibt es in verschiedenen Ländern sehr großzügige Pakete. Auch in Deutschland gab es entsprechende Initiativen in der Vergangenheit. Wir in Liechtenstein machen praktisch gar nichts in diesem Bereich. Wenn man Firmen in den ersten Jahren Steuererleichterungen oder gar Steuerfreiheit einräumt, läuft das natürlich einer globalen Mindeststeuer zuwider.

Wie reagieren Sie, wenn die globalen Mindeststeuer in den kommenden Jahren auf 17,5 Prozent oder gar auf 20 Prozent angehoben werden sollte?

Dann müsste man sich natürlich schon fragen, worüber wir 2021 überhaupt verhandelt haben. Zunächst war bei den Verhandlungen von ‚mindestens 15 Prozent‘ die Rede. Jetzt sind es exakt 15 Prozent, und wir hoffen, dass es dabei bleibt.

Olaf Scholz hat mal gesagt, Deutschland könnte beim Thema Vermögensteuer etwas von der Schweiz lernen. Kann Deutschland auf etwas von Liechtenstein lernen, zum Beispiel beim Stiftungsrecht? Ich denke nicht, dass wir in der Position sind, Deutschland Tipps zu geben. Das Wirtschaftsmodell kleinerer Länder wie Liechtenstein lässt sich auch nicht einfach so auf große Volkswirtschaften wie Deutschland übertragen. Der Gedanke, dass sich Leistung lohnen soll, funktioniert bei uns aber sehr gut.

Dieser Gedanke gefällt auch deutschen Unternehmern, die sich zuletzt verstärkt zu Familienstiftungen in Liechtenstein informiert

Anzeige

Jetzt IM HANDEL

WirtschaftsWoche

DR. AHNUNGSLOS

AFFÄRE WIRECARD

Die absurde Verteidigungsstrategie von Exchef Markus Braun

FREITAGS-FRAGE: Könnte ein deutscher EZB-Chef überhaupt den Euro retten?

LESEN SIE IN DER AKTUELLEN AUSGABE:

- **AFFÄRE WIRECARD – DR. AHNUNGSLOS**
Die absurde Verteidigungsstrategie von Exchef Markus Braun
- **LÄSTIGES VORBILD**
Wie viel Ludwig Erhard steckt in Robert Habeck?
- **VIERTE WELLE**
EU-Gesundheitsagenturchefin Andrea Ammon zu Omikron und Lockdown



Jetzt am Kiosk oder sofort digital lesen:
WIWO.DE/TESTEN

WirtschaftsWoche